

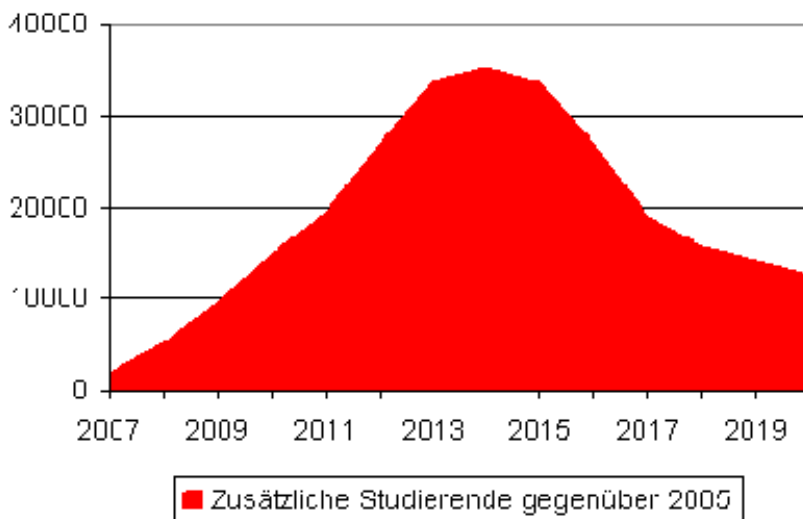
Die Entwicklung der Studierendenzahlen in Baden-Württemberg

Vom Abiturientenhoch zum Studierendenhoch

Bis zum Jahr 2020 verlassen in den alten Bundesländern die letzten geburtenstarken Jahrgänge die Schulen. Zusätzlich wird die Zahl der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung sich durch doppelte Abiturjahrgänge in diversen Ländern zeitweise stark erhöhen. Für Baden-Württemberg bedeutet dies konkret, dass die Zahl von 53.600 Abiturienten im Jahr 2007 auf 77.500 Abiturienten im Jahr 2012 steigt.¹ Das ist ein Anstieg von 45 Prozent. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt.

Die Zahlen zeigen für Baden-Württemberg ein Abiturientenhoch, das vor dem Hintergrund des absehbaren demographischen Wandels eine einmalige Chance sein kann. Dazu muss aus dem Abiturientenhoch ein Studierendenhoch werden. Hierfür muss das Angebot an Studienplätzen der steigenden Nachfrage entsprechen.

Graphik: Prognose für Baden-Württemberg



Die Grafik zeigt die prognostizierten zusätzlichen Studierenden zwischen 2007 und 2020. Die landesspezifische Übergangsquote zwischen Schule und Hochschule als auch die Mobilität zwischen den Bundesländern wurde fortgeschrieben. Ebenso wurde die landesspezifische verzögerte Studienaufnahme, z. B. aufgrund einer vorangehenden Berufsausbildung, einem Freiwilligen Sozialen Jahr oder dem Wehr(ersatz)dienst berücksichtigt. Es zeigt sich, dass insbesondere in den Jahren 2011 bis 2017 besondere Herausforderungen für das Hochschulsystem in Baden-Württemberg zu erwarten sind. Auch

¹ Diese Prognose der Abiturientenzahlen wurde von der Kultusministerkonferenz errechnet.

nach 2020 verbleiben die Studierendenzahlen deutlich oberhalb der Grenze, die durch das Jahr 2005 gesetzt ist.

Für Baden-Württemberg bedeutet diese Entwicklung, dass das Ausbildungsangebot der landeseigenen Hochschulen mit einer konstant höheren Nachfrage konfrontiert sein wird als 2005. Die Spitze wird im Jahr 2013 erreicht, wenn voraussichtlich etwa 11.500 Studienanfänger mehr an die Hochschulen kommen werden. Dies ist gegenüber 2005 ein Anstieg von 30 Prozent. Noch deutlicher wird die Dimension der Herausforderung bei einem Blick auf die Entwicklung der Studierendenzahlen. Nach der CHE-Prognose ist zu erwarten, dass beispielsweise im Jahr 2014 insgesamt etwa 35.000 Studierende an den Hochschulen des Landes zusätzlich eingeschrieben sein werden.

Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2020, müsste Baden-Württemberg 1.500 Millionen Euro investieren, um die notwendigen zusätzlichen Kapazitäten zu schaffen. Die Berechnung geht wie der Hochschulpakt davon aus, dass ein zusätzlicher Studierender eine Investition von 22.000 Euro für ein gesamtes Studium (vier Jahre) erfordert.

Tabelle: Prognose für Baden-Württemberg

Jahr	Prognose Abiturienten*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger gegenüber 2005 **)	Veränderung gegenüber 2005 [%]	Prognose zusätzliche Studierende **)
2007	53.600	1.858	5%	1.858
2008	55.500	3.190	8%	5.048
2009	56.800	4.344	11%	9.391
2010	58.200	5.247	14%	14.638
2011	57.900	6.363	17%	19.143
2012	77.500	10.628	28%	26.581
2013	59.300	11.388	30%	33.625
2014	54.800	6.817	18%	35.196
2015	54.400	4.642	12%	33.475
2016	54.100	3.885	10%	26.732
2017	55.000	3.442	9%	18.787
2018	55.300	3.470	9%	15.440
2019	54.500	3.253	9%	14.050
2020	51.600	2.275	6%	12.440

) Kultusministerkonferenz (2005) Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020; Tabellenteil; S. 9

***) Berechnungen des CHE

Die Maßnahmen der Politik

Im Hochschulpakt 2020 hat der Bund für eine erste Ausbauphase bis zum Jahr 2010 insgesamt 565 Millionen Euro in die Hand genommen, von denen teilweise Pauschalen an die Stadtstaaten und die neuen Bundesländer fließen. Die verbleibenden 438 Millionen Euro stehen den westdeutschen Flächenländern sowie Hamburg und Bremen für die Ausweitung des Studienangebots zur Verfügung. Der Hochschulpakt läuft zunächst bis 2010. Bis dahin sollen bundesweit 90.000 neue Studienplätze geschaffen worden sein. Die CHE-Berechnungen zeigen allerdings, dass die wirkliche Herausforderung in der Zeit nach 2010 zu erwarten ist.

Baden-Württemberg erhält von den Bundesgeldern 74,5 Millionen Euro. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, die Anzahl der Studienanfänger im Vergleich zu 2005 um etwa 15.000 zu erhöhen. Zusätzlich hat das Land zugesagt, den erhaltenen Zuschuss im gleichen Umfang mit eigenen Mitteln aufzustocken. Aus Sicht des CHE sind die 22.000 Euro

für ein Studium knapp kalkuliert. Dies gilt insbesondere, wenn ingenieurwissenschaftliche Fächer und das Fach Medizin in den Ausbau einbezogen werden, was wünschenswert wäre.

Der Ausbau der Kapazitäten in Baden-Württemberg ist aus mehrerer Hinsicht dringend angeraten. Ein Grund ist, dass es gegenüber den betroffenen Studieninteressenten ungerecht wäre, lediglich die Jahrgangsbesten an die Hochschulen zu lassen. Weiter ist die Gesellschaft vor dem Hintergrund von demographischem Wandel und globalem Wettbewerb dringend auf möglichst viele gut ausgebildete Menschen angewiesen.

Nach der Föderalismusreform liegt die Verantwortung bei den Ländern. Bis zum 31. März müssen sie – und damit auch Baden-Württemberg – dem Bund mitteilen, wie sie diese Verantwortung im Rahmen des Hochschulpaktes gestalten wollen. Auch Baden-Württemberg muss Pläne vorlegen, wie das Land die Mittel aus dem Hochschulpakt investieren will.

Kontakt:

Gösta Ingvar Gabriel

☎ 05241-9761-33

goesta.gabriel@che-concept.de